Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 57 (1963)
Heft: 9

Artikel: Konsequenzen aus der Teilung Deutschlands
Autor: Solbrig, Kläre
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140811

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

aufgegangen war, ohne Rücksicht auf die eigene Person aussprach, wo immer es nötig war. Dieser einfache Priester hatte ganz unverkennbar einen prophetischen Auftrag, und er zeichnete gewiß sein eigenes Grundwesen, wenn er in seiner letzten größeren Schrift vom Propheten sagt:

«Um sich her und bei sich selbst sieht der Prophet in den jetzigen Zuständen den schreienden Gegensatz zu der Gottesgerechtigkeit des kommenden, sein sollenden Gottesfriedens. Und doch ist ihm das geschaute Idealbild des Reiches Gottes Licht und Kraft für seinen schweren Beruf, ein stets neuer Ansporn zur Beunruhigung der Gegenwart. Der ungeheure, schmerzhafte Kontrast, den der Prophet zwischen Licht und Finsternis erschreckend empfindet, entflammt ihn zu rückhaltlosem Bekenntnis der letzten Wahrheit . . . Deshalb greift der prophetische Geist das soziale, das öffentliche Leben an. Er klagt die öffentliche Sünde an. Er enthüllt das Unrecht im Sozialen: im wirtschaftlichen, politischen und kirchlichen Leben . . . Wenn Gott, Seele und Gewissen über den Staat und seine ‚Notwendigkeiten' gestellt werden, spricht man von ‚Staatsfeindlichkeit' und ‚Vaterlandsverrat'. Weil wir den Prophetismus nicht mehr kennen, haben wir das göttliche Empfinden für die Größe der Ereignisse verloren, wenn sich, wie dies heute in steigendem Maße der Fall ist, mitten aus der materialistischen Welt selbst heraus die Gewissensforderung der Liebe und des Gemeingeistes erhebt.» (Aus dem Buch «Das Prophetische. Sein Wesen, sein Charakter, seine Notwendigkeit», als Manuskript 1959 in Wien herausgebracht.)

Gerade auch in solcher Gesinnung, die im marxistischen Sozialismus und Kommunismus nicht den gottlosen Menschheitsfeind sieht, sondern aus ihm den Ruf Gottes zur Umkehr an eine verweltlichte Christenheit heraushört — in solcher Gesinnung wußte sich Georg Sebastian Huber mit Leonhard Ragaz tief verbunden. Ein dankbares Andenken an sein tapferes, schlicht-frommes Wirken bleibt dem nun leiblich von uns getrennten Kämpfer und Wahrheitskünder allezeit in unseren Herzen gesichert! *H. K.*

Konsequenzen aus der Teilung Deutschlands

«Es gibt für die Aussöhnung mit der Welt *eine* Vorbedingung, an deren Erfüllung jede moralische Verständigung mit anderen Völkern geknüpft ist, und ohne deren Erfüllung ihr Deutschen nie begreifen werdet, was euch geschieht. Das ist die klare Einsicht in die Unsühnbarkeit dessen, was ein von schändlichen Lehrmeistern zur Bestialität geschultes Deutschland der Menschheit angetan hat.»

Thomas Mann, am 14. Januar 1945

Es ist gut, daran zu erinnern, daß eine *dauernde* Teilung des restlichen Deutschlands nicht im Plan der Teilnehmer an der Potsdamer

Konferenz lag, deren Ergebnis das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 war. Churchills Plan einer endgültigen Zerstückelung Deutschlands war nie durchgedrungen. Während Hitler erklärt hatte: «Wir werden Rußland vernichten, daß es sich niemals mehr erheben kann», hieß es in der Moskauer Ansprache Stalins am 9. Mai 1945: «Die Sowjetunion feiert den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschickt, Deutschland zu zerstückeln oder zu vernichten.» Die in verschiedenen alliierten Abkommen aus den Jahren 1944 und 1945 beschlossene Einteilung des deutschen Gebietes in Besatzungszonen und die Bestimmung Berlins zum Sitz des Alliierten Kontrollrats für die Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen war für die vorübergehende Periode der Besetzung geplant. Als Ziel dieser Besetzung war sowohl auf der Krim-Konferenz (Jalta) als auch, ins einzelne gehend, im Potsdamer Abkommen festgelegt worden: die Ausrottung des deutschen Militarismus und Nazismus, die Vernichtung des deutschen Kriegspotentials und die Entflechtung der Wirtschaft, um zu verhindern, daß Deutschland je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens werden könnte.

Der Zerfall der Anti-Hitler-Koalition, der bereits im April 1945, *unmittelbar nach dem Tod von Roosevelt*, begann, verhinderte die Realisierung der im Potsdamer Abkommen akzeptierten Ziele. Die Westmächte brauchten für ihre Pläne und im wiederauflebenden Kalten Krieg den deutschen Militarismus und die ihn tragenden deutschen Konzerne und nahmen den Nazismus zum mindesten dabei mit in Kauf. Aus der Verschmelzung der Westzonen, der Schaffung einer eigenen Westwährung, unter Gewährung von Milliardenbeträgen aus dem Marshallplan wurde durch Wunsch und Willen der Westmächte der erste deutsche Teilstaat, die Bundesrepublik Deutschland, deren Grundgesetz am 12. Mai 1949 von den Westalliierten genehmigt worden ist. Die westdeutsche Bevölkerung ist niemals ausdrücklich gefragt worden, ob sie mit der dadurch eingeleiteten Teilung einverstanden sei. Martin Niemöller hat zu den wenigen gehört, die eine Beteiligung an der ersten bundesdeutschen Wahl im September 1949 ablehnten, weil der Weg zur Wahlurne die Zustimmung zur deutschen Teilung bedeutete. Der Gründung des Weststaates folgte bekanntlich im Oktober 1949 die Proklamation des Oststaates, der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). «There were now two German states, east and west, one as valid and as legal as the other». (Prof. Fred Warner Neal in «War and Peace and the Problem of Berlin», S. 5.)

Die bundesdeutsche Remilitarisierung kam schnell voran; ehemalige Nationalsozialisten rückten in führende Positionen der Bundeswehr und Polizei ein. Eine Volksbefragung zur Remilitarisierung wurde nicht zugelassen und jede Propaganda dafür als kommunistisch diffamiert. Teilbefragungen ergaben etwa 75 Prozent Gegenstimmen. Die Eingliederung der BRD in die NATO wurde vorbereitet.

Im März 1952 wurde in einer Sowjetnote den Westmächten als Grundlage für einen Friedensvertrag angeboten, die deutsche Spaltung

zu beenden, eine gesamtdeutsche Regierung zu bilden und einen einheitlichen deutschen Staat zu schaffen mit der Verpflichtung, keinem Militärbündnis beizutreten. Diese Vorschläge wurden von den Westmächten und vom Bundeskanzler abgelehnt. Noch im gleichen Monat wurde der Generalvertrag zwischen ihm und den Westmächten unterzeichnet, der die BRD souverän machte. Die Souveränität der DDR über ihr Gebiet und Ostberlin wurde etwa zwei Jahre später von der Sowjetunion anerkannt.

Kurz vor der Ratifizierung der Pariser Verträge im Januar 1955 wurden in einer weiteren Sowjetnote an die Westmächte, und diesmal zum letzten Mal, Verhandlungen über freie Wahlen in Gesamtdeutschland angeboten, konventionelle Nationalstreitkräfte zugestanden und die Teilnahme an einem Kollektivsicherheitssystem vorgeschlagen unter der wiederholten Bedingung des Nichtbeitritts der BRD zur NATO. Bereits im Februar ratifizierte der Bundestag die NATO-Verträge, die gebotene Chance der Wiedervereinigung mißachtend. Das war das Siegel auf die Teilung. Für die UdSSR war nunmehr die Wiedervereinigung eine Frage geworden, die nur noch die beiden deutschen Staaten selbst betrifft. Für die völlige Integration Ostdeutschlands in den Ostblock kann das Jahr 1958 genannt werden.

Die DDR mußte im Anschluß an die sozialistische Wirtschaftsorganisation und -planung des Ostblocks für deutsche Verhältnisse völlig neue Wege suchen und dabei mit außerordentlichen Schwierigkeiten fertig werden, die einmal in der ökonomischen Ausgangsposition, die wesentlich schlechter war als in der BRD, und zum andern in der Einflußnahme von außen her auf die Erhaltung und Erhitzung der innereren Widerstände lagen. Die bekannte Schriftstellerin der DDR, Anna Seghers, gibt eine zwar romanhafte, aber wirklichkeitsnahe Darstellung dieser Schwierigkeiten in ihrem Buch «Die Entscheidung».

Die Zonengrenze war ihrer ursprünglichen Bestimmung nach lediglich die Markierung zwischen den Westzonen und der Ostzone, gezogen ohne Berücksichtigung einer Lebensfähigkeit getrennter Gebiete. Und doch wurde sie bei der Teilung zur Grenze zwischen West- und Ostdeutschland. Die als Kriegsfolge verlorenen Gebiete im Osten mit Gruben und Hütten in Oberschlesien und guten Ostseehäfen gingen zu Lasten der Ostzone, dem Gebiet der heutigen DDR. Alfred G. Wagner («Jenseits der Schlagworte» Artikelserie in der «Westfälischen Rundschau», zitiert nach A. Z. vom 18. Juli 1963) nennt die Ostzone nach 1945 einen «total verstümmelten Wirtschaftsorganismus, der — um auch nur halbwegs lebensfähig zu sein — zunächst einmal eine eigenständige Grundstoffindustrie aus dem Nichts herausstampfen mußte». Das Gebiet der DDR verfügte nach seinen Angaben vor dem Krieg über nur 5 Hochöfen von insgesamt 125 des damaligen Deutschland, über weniger als 3 Prozent der Vorkriegsförderung an Steinkohlen und 7 Prozent der Stahlerzeugung. Die Ostzone erhielt keine Marshallplansummen und hatte an Reparationen

und Demontagen an die Sowjetunion ein Vielfaches des Betrages zu leisten, den die Westzonen für die Westalliierten an Kriegsentschädigung aufbringen mußten; es werden 60 gegen 5 Milliarden genannt. —

«Wir müssen uns mit der Welt befassen, wie sie ist, und nicht, wie sie hätte sein können, wäre die Geschichte der letzten 18 Jahre anders verlaufen.» So sagte Präsident Kennedy (zit. n. Bl. f. deutsche und internationale Politik, Heft VIII) in Washington am 10. Juni 1963. — Was sich vor unsern Augen befindet, ist ein dreigeteiltes Rest-Deutschland: 1. die BRD = dem Gebiet der drei Westzonen; 2. die DDR = dem Gebiet der Ostzone und Ostberlin; 3. Westberlin, umgeben von der DDR, und mit einer Verfassung vom 1. September 1950, deren Artikel 1, 2: «Berlin ist ein Land der Bundesrepublik Deutschland» und Artikel 1, 3: «Grundgesetz und Gesetze der Bundesrepublik Deutschland sind für Berlin bindend» auf Anordnung der Alliierten Kommandantur Berlin vom 29. August 1950 zurückgestellt worden sind. Das Verhältnis dieser drei deutschen Teile zueinander ist staats- und völkerrechtlich ungeordnet.

Es ist unser Unglück, daß die Verhandlungsbereitschaft einseitig bei der DDR liegt und alle diesbezüglichen Vorschläge von drüben kamen, beziehungsweise gebilligt wurden: Bildung einer deutschen Konföderation, Schaffung gemeinsamer Gremien für bestimmte Aufgaben, Verzicht auf Kernwaffen, Rüstungsstopp und stufenweise Abrüstung, Austritt aus den Militärbündnissen, Verzicht auf Gewaltanwendung u. a. Die Bundesregierung ist auf keinen der Vorschläge eingegangen. Die Angst vor einem Schritt, der als irgendwie geartete Anerkennung der östlichen Staatlichkeit oder seiner Regierung ausgedeutet werden könnte, müßte nachgerade lächerlich wirken, wenn sie nicht beunruhigend wäre. Gerade jetzt nach der Moskauer Vereinbarung über einen Atomtestbann dokumentiert sie sich aufs neue.

Es gibt allzu viele Menschen im In- und Ausland, die die Teilung Deutschlands beklagen, auch ohne einen Beitrag zu ihrer Verhinderung oder nachträglichen Korrektur geleistet zu haben. Vielen erscheint die Wiedervereinigung als eine Garantie für den Weltfrieden oder gar eine Art Wiedergutmachung, auf die die Deutschen Anspruch hätten. Wenige wagen die Frage zu stellen oder zu beantworten, ob das Vorhandensein von zwei deutschen Staaten einen geschichtlichen Sinn haben könnte und welchen.

Die BRD hatte es zu einer viel bestaunten Wirtschaftsblüte gebracht; die Niedergangserscheinungen auf der Kehrseite fanden weniger Beachtung. Gleichzeitig befindet sie sich offensichtlich politisch im Rückwärtsgang und offenbart immer deutlicher die Züge eines autoritären Staates, in dem Militär und Wirtschaftskonzerne mit allem Zubehör wie ehedem dominieren. Die in Beratung befindlichen Notstands- und Notdienstgesetze, das Luftschutzprogramm mit zivilem Luftschutzdienst, die gerade bekanntgegebene Absicht, ein Zivilschutz-

korps von 200 000 Mann zu bilden, verbunden mit psychologischen Maßnahmen zur Hebung der «Verteidigungsbereitschaft» zielen auf einen vollendeten Militarismus.

Vom Standpunkt eines Sozialisten kann es demgegenüber nicht bedauert werden, daß Ostdeutschland einen anderen Weg eingeschlagen hat, den neuen Weg zur sozialistischen Wirtschaft, der trotz aller Mängel und Kinderkrankheiten die größere Aussicht bietet, an die Lösung der Massenprobleme unserer Zeit: Hunger, Krankheit, Unbildung, heranzukommen, weil Sozialismus grundsätzlich nicht am Profit, sondern am Bedarf orientiert ist und weil Sozialismus grundsätzlich den Krieg ablehnt. — Die DDR erfüllt eine weitere Aufgabe — aus welchen Motiven sei hier dahingestellt —, die dem ganzen deutschen Volk obgelegen hätte: die Erinnerung an die Verbrechen der Nazizeit in Wort und Schrift wach zu halten, die Schuldigen anzuklagen und Beweismaterial bereitzustellen, und auf diese Weise an der Überwindung der Vergangenheit mitzuarbeiten.

Für mich ist die Wünschbarkeit der Wiedervereinigung immer problematisch gewesen und an sehr bestimmte Vorbedingungen gebunden, von denen bisher nicht eine annähernd erfüllt ist.

1. Abrüstung: Bereits 1953 habe ich in Paris an einer Resolution der Women's International League for Peace and Freedom mitgearbeitet, die die eventuelle Wiedervereinigung Deutschlands betraf. Darin heißt es unter 1: «Der Status Deutschlands sollte der einer geeinten, abgerüsteten und neutralisierten Föderation seiner Länder sein.» Neutralisierung würde heute Austritt aus den Bündnissystemen bedeuten. Es sind keine Anzeichen dafür vorhanden, daß die BRD gewillt ist, im Alleingang mit der DDR abzurüsten oder auch nur sich in eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa einzugliedern. Vielmehr ist die BRD die europäische Basis der NATO geworden. Soeben wurden mit dem amerikanischen Verteidigungsminister neue Erhöhungen des deutschen Verteidigungsbeitrages und der Truppenkontingente, sowie eine gemeinsame militärtechnische Forschung beraten. Dem bereits vorher gekennzeichneten Trend der BRD zum totalen Militarismus gegenüber ist die Furcht berechtigt, daß eine Vereinigung von zwei gerüsteten deutschen Staaten die Verdoppelung ihres militärischen Potentials mit allen Begleiterscheinungen und somit für die Deutschen selbst und die übrige Welt erhöhte Kriegsgefahr bedeutete.

2. Anerkennung der Grenzen: Ein Volk, das so tatenlos wie das deutsche es geschehen ließ, daß in der letzten Verliererphase des Hitler-Krieges seine eigenen Gebiete und Städte, wie insbesondere Breslau und Königsberg, skrupellos geopfert und verspielt wurden, muß sich damit abfinden, daß es Konsequenzen zu tragen hat. Für den Frieden in Europa ist die völkerrechtliche Fixierung der bestehenden Grenzen eine conditio sine qua non. Im Ausland zweifelt man nicht daran. Auch bei uns wissen es viele, haben aber nicht den Mut es zu sagen. Die DDR hat die Notwendigkeit verstanden, durch An-

erkennung der Ostgrenzen, wie sie stehen, gute nachbarliche Beziehungen zu Polen und der Tschechoslowakei zu begründen. Auch neue Grenzen, deren beiderseitige Bevölkerung in Ruhe gelassen wird, können ihren explosiven Charakter verlieren, und die ehrlich gemeinte Zusammenarbeit zwischen Nachbarvölkern ist durchaus in der Lage, trennende Grenzen in Verbindungswege zu verwandeln.

3. Koexistenz: Die Realisierbarkeit der Koexistenz ist problematisch, solange der Begriff nicht definiert ist. Während der russisch-chinesischen Kontroverse ist viel von Koexistenz gesprochen worden. Es dürfte klar geworden sein, daß die Koexistenz, für die sich Ministerpräsident Chruschtschew so nachhaltig einsetzt, eine Form des zwischenstaatlichen Lebens, also eine völkerrechtliche Norm bezeichnet, die gewissermaßen die positive Seite eines Nichtangriffspaktes darstellt, und zwar die Form oder Norm, die angesichts der heute vorhandenen und zwischen den Weltmächten labil ausgeglichenen Massenvernichtungsmittel die Voraussetzung des Weltfortbestehens ist. Die Amerikaner sprechen zutreffend von co-survival. Es handelt sich hingegen nicht um die Aufhebung oder Aufhebbarkeit innerstaatlicher Klassengegensätze.

Koexistenz zu praktizieren ist vordringlich in den Gebieten besonderer Spannung, deren Teile den gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen angegliedert wurden, also auch im Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander. Die Bundesregierung ist aber nicht bereit, mit der DDR zu koexistieren, da diese als Staat für jene überhaupt nicht existiert. Hinter den Bundesgrenzen liegt nach wie vor die sowjetisch besetzte Zone, die «SBZ», wie sie amtlich heißt. Denn «nicht sein kann, was nicht sein darf». Dieser grotesk anmutende Starrsinn blockiert weiter die innerstaatlichen und internationalen Entspannungs- und Verständigungsbemühungen.

Die Auffassung von der Nichtstaatlichkeit Ostdeutschlands und dem Nichtvorhandensein seiner Obrigkeit, die von bundesdeutschen Gerichten geteilt wird, zeitigt bedenkliche rechtliche Folgen für die Bürger der DDR. Nach der Errichtung der Mauer wurde in der BRD eine zentrale Erfassungsstelle der Landjustizverwaltungen errichtet. Aufgabe dieser Erfassungsstelle ist es, die in Ostberlin und in der SBZ begangenen Gewaltakte, für deren Verfolgung keine örtliche Zuständigkeit in der Bundesrepublik und in Westberlin besteht, zu erfassen, das darüber vorhandene Material zu sammeln und die zugänglichen Beweise zu sichern. Das bedeutet die Anwendung bundesdeutschen Strafrechts auf Handlungen von DDR-Bürgern in der DDR, die nach dort geltendem Recht nicht strafbar sind. Wie unhaltbar ein solches Verfahren ist, wurde kürzlich in der Öffentlichkeit bekannt, als der Chefredaktor des Ostberliner Deutschlandsenders, Grasnick, in Solingen verhaftet wurde. Er war zur Verhandlung im Lorenz-Knorr-Prozeß dorthin gekommen. Ihm wurde der gegen die Bundesregierung gerichtete Inhalt seiner von Ostberlin ausgestrahlten Sendungen zur

Last gelegt. Sie wurden auf bundesdeutsches Gebiet ausgestrahlt, wodurch der Erfolg seiner Handlungen auf Bundesgebiet eingetreten ist. Grasnick ist inzwischen aus der Haft entlassen, das Verfahren gegen ihn aber meines Wissens bisher nicht eingestellt worden. Die zu Grunde liegende Auffassung besteht weiter.

4. Berlin: Den Berlinern sollte gesagt sein, daß es zweifelhaft ist, ob sie nach ihrer, unter Hitler besonders bewiesenen Fähigkeit zum «großen Jubel» — Sebastian Haffner prägte diesen Ausdruck — noch legitimiert sind, in einem anderen Deutschland, wenn es je ein solches geben sollte, Hauptstadt zu werden.

National-egoistische Orientierung der alten Nationalstaaten ist heute ohne ethischen Gehalt und muß um der Erhaltung und Ordnung auf der Erde willen übernationaler Zielsetzung und übernationalen Aufgaben Platz machen. Nur jungen Staaten gegenüber wird, wenigstens für eine Übergangszeit, eine gewisse Nachsicht geübt werden müssen. Eben versuchen drei Großmächte durch Abschluß des leider unvollkommenen Testbanns die Geschichte neu einzuleiten. Die Deutschen werden vor dem Hintergrund ihrer eigenen verhängnisvollen Geschichte in ihrer Gesamtheit oder in einem Teil beweisen müssen, ob sie das begriffen haben. *Kläre Solbrig*

Kalte Kriegswirtschaft in den USA und ihre Folgen

Es wird kaum bestritten werden, daß durch plötzliche Sistierung der riesigen Rüstungsaufträge die amerikanische Wirtschaft in eine Krise geraten müßte, die jene der dreißiger Jahre weit überträfe. Doch daraus zu folgern, daß Aufrüstung Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum sichere, darf man auch in Amerika heute nicht mehr wagen, sind doch die USA eines der Länder mit der geringsten Wachstumsrate der Wirtschaft und mit stetig zunehmender struktureller Arbeitslosigkeit. Wohl vermag statistische Kulissenschieberei den Umfang der Arbeitslosigkeit etwas zu verhüllen, doch wenn Präsident Kennedy von 30 bis 40 Millionen seiner Landsleute spricht, die in tiefster Armut leben, so ist damit ausgesprochen, daß massive Erhöhung von Rüstungsausgaben das Ansteigen der Arbeitslosenziffern wohl zeitweise zu unterbrechen vermag, daß sie aber nicht den Weg aus der Stagnation weist.

Ein warnender Artikel in der «*Detroit News*» vom 14. Juli dieses Jahres weist auf Aspekte der amerikanischen Aufrüstung hin, die die Gesundung einer solchen Ökonomie überhaupt in Frage stellen. Professor *Seymour Melman*, ein wirtschaftlicher Berater von Regierungen wie auch von industriellen Konzernen zeigt, daß die andauernde Steigerung der Waffenproduktion, angesichts ihres vielhundertfachen